

Teamwork unter Städten

FDP appelliert an Städte und Gemeinden, stärker zusammenzuarbeiten, um Kosten zu sparen

20. Januar 2011 – Angesichts stark strapazierter Stadtkassen und Gemeindebudgets sucht der Landtag nach Möglichkeiten zur Linderung der akuten Finanznot in vielen Kommunen. Die FDP-Fraktion schlägt mehr interkommunale Zusammenarbeit vor, verweist auf erfolgreiche Beispiele und fordert, dies zu forcieren (Drs. 15/858). So solle als zentraler Ansprechpartner für die Kommunen im Innenministerium eine Projektgruppe eingerichtet werden. SPD, Grüne und Linke halten diesen Vorschlag für sinnvoll, aber längst nicht ausreichend.

Horst Engel (FDP) sah Bund und Land in der Pflicht, ihren Beitrag für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen zu leisten. Letztere müssten aber auch selbst Konsolidierungsmaßnahmen anstrengen. Für sinnvoller als „fantasielose Leistungskürzungen“ hielt er dabei strukturelle Veränderungen mit nachhaltigen Effizienzsteigerungen. In diesem Zusammenhang benannte er die interkommunale Zusammenarbeit als eine ausgezeichnete Möglichkeit. Gerade bei der Kernversorgung sah er erhebliche Potenziale zur Kostensenkung in den Kommunen. Mit Anreizen und gezielten Impulsen sollten solche Kooperationen unterstützt und gemehrt werden.

Da der Druck zur Kostensenkung wachse, fand auch Wiljo Wimmer (CDU), dass der Antrag in die richtige Richtung ziele. Kommunen, die mit anderen zusammenarbeiteten, täten dies aber auch als Akt der Notwehr gegen eine unzureichende Finanzausstattung. Staatlichen Zwang oder Druck zu erzeugen, um solche Zusammenarbeit zu verbreiten, hielt er deshalb für falsch. Hindernisse für die Kooperation sah er im Hang zur Besitzstandswahrung. Daneben stehe die Frage im Raum, ob bei einer solchen Zusammenarbeit die kommunale Selbstverwaltung und damit – überspitzt – die Existenzberechtigung einer Kommune gefährdet sei, erklärte der CDU-Sprecher.

Die interkommunale Zusammenarbeit hielt Michael Hübner (SPD) für einen Tropfen auf den heißen Stein. Hohe wirtschaftliche Einsparpotenziale oder gar die Rettung der Kommunen seien damit nicht zu erreichen. Der SPD-Sprecher sah auch Grenzen in der praktischen Umsetzung: „Es muss auch immer noch etwas mit Bürgernähe zu tun haben“, meinte er. Außerdem seien bei einigen Formen der Zusammenarbeit einheitliche Steuerhebesätze nötig, und diese würden dann eher nach oben korrigiert. Zudem verwies Hübner auf Beispiele, bei denen sich eine Zusammenarbeit zwischen Städten oder Gemeinden sogar teurer gestaltet hätte als die eigenständige Lösung.

Das Ziel sei richtig, nicht aber der Weg, differenzierte Mehrdad Mostofizadeh (Grüne). Er hielt es für falsch, den Eindruck zu erwecken, das Land könne den Kommunen Nachhilfe erteilen, wie interkommunale Zusammenarbeit funktioniere. Aus seiner Erfahrung in der Kommunalpolitik berichtete er: Ohne Vertrauen sei eine Kooperation wenig hilfreich oder sogar kontraproduktiv. Außerdem hielt er die Erwartungen des FDP-Sprechers für unverhältnismäßig. Man könne nicht mit „ein bisschen Effizienzsteigerung“ ein strukturelles Defizit in Höhe von 2 Milliarden Euro ausgleichen. Wichtiger sei eine ordentliche Finanzausstattung der Kommunen.

Man debattiere eigentlich eine Selbstverständlichkeit, fand Özlem Alev Demirel (Linke). Zweifellos stehe es den Kommunen frei, mit anderen zusammenzuarbeiten, und ob dies sinnvoll sei, könnten die Politikerinnen und Politiker vor Ort selbst beurteilen. Daher hielt die Linke den Antrag für überflüssig und die Einsparpotenziale für „hoffnungslos überbewertet“. Grenzen der Zusammenarbeit sah Demirel erreicht, sobald es an Bürgernähe fehle oder Arbeitsplätze auf dem Spiel stünden. Sie frage sich angesichts zahlreicher im Antrag genannter Einsparmöglichkeiten außerdem, ob die FDP demnächst auch die Stadträte wegrationalisieren wolle.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) unterstrich den hohen Druck, der sich aufgrund der leeren Kassen und des demographischen Wandels nicht nur in den Städten, sondern insbesondere auch im ländlichen Raum bemerkbar mache. Er kenne aber eine ganze Reihe guter Beispiele, bei denen die Zusammenarbeit hervorragend funktioniere. Auch die Bereitschaft weiterer Kommunen, sich solchen Modellen anzuschließen, sei außerordentlich groß. Allerdings müsse eine Stelle, die moderiere und Impulse gebe, näher vor Ort sein, nicht in Düsseldorf, wie von der FDP vorgeschlagen. Der Minister kündigte zu dem Thema einen Evaluierungsbericht an.

SOW

Der Antrag (Drs. 15/858) wurde einstimmig zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen. Dort soll die abschließende Beratung in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Foto: Schälte